

MIGRATION

„Lasst sie in die Zukunft schauen“

Warum Kanada die Integration von Flüchtlingen besser gelingt – und Europa das Problem falsch angeht.

Von John Ralston Saul



Syrische Flüchtlingsfamilie in Charlottetown, Kanada

Es ist faszinierend, den Krebs der Angst zu beobachten, wie er sich in die Seele einschleicht, in die Vorstellungskraft. Während dieser Krebs sich verbreitet und verwandelt, in Populismus, Rassismus und Ausgrenzung, sind wir wie gelähmt, unfähig, uns vorzustellen, wie wir zurückschlagen sollen. Doch Trump hat den Amerikanern und vielleicht uns allen mit dem Extremismus seiner ersten Wochen im Amt auf vertrackte Weise einen Gefallen erwiesen. Seine rassistischen, wohl illegalen und vermutlich verfassungsfeindlichen Dekrete sind ein Weckruf.

Mehr als das, sie sind eine Warnung an Washingtons traditionelle Verbündete, sich in Acht zu nehmen. Ist dieser Mann ein stabiler, vertrauenswürdiger Partner? Kanada ist durch die 6000 Kilometer lange Grenze der engste Verbündete der USA und darüber hinaus der zweitgrößte Handelspartner. Doch Premierminister Justin Trudeau hält sich zurück und lässt Beamte hinter den Kulissen verhandeln. Zugleich bestand seine Reaktion auf Trumps Einreiseverbot für Muslime darin, absichtsvoll die flüchtlingsfreundliche Politik Kanadas zu bekräftigen, ohne die USA oder ihren Präsidenten zu erwähnen.

Dass die steigende Zahl an Flüchtlingen und Migranten in den Gesellschaften des Westens Angst auslöst, sollte niemanden überraschen. Der Reflex ist uralte; wir fürchten, was wir nicht kennen. Und Politik bedient sich solcher Ängste, auch das war schon immer so. Entsetzt verfolgen wir die Reaktionen: Gewalt gegen die Fremden, offener Rassismus – auch bei uns. Am vergangenen Wochenende erschoss ein 27-jähriger Kanadier in einer Moschee in Québec sechs Betende. Die Reaktion der Bevölkerung war aber ein eindeutiges Bekenntnis zu unserer Kultur unserer Einwanderungspolitik.

**S**

Wir Kanadier sind anscheinend die einzige westliche Demokratie, die sich über die Themen Asyl und Migration nicht zerstritten hat, die weder mit Populismus noch mit politischem Extremismus zu kämpfen hat. Unsere Nation ist offenbar die einzige, in der sich die politische Klasse weitgehend geschlossen für Einwanderung ausspricht. Sicher, auch in Europa wird viel für Flüchtlinge und Einwanderer getan. Dass Deutschland mehr als eine Million Menschen aufgenommen hat, wird als große humanitäre Geste in die Geschichte eingehen. Wenn man sich an den Vergleich von Kanada und Europa macht, bekommt man von den Staaten, die von der Flüchtlingskrise direkt betroffen sind, sofort die üblichen Einwände zu hören: Kanada ist doch groß (viel Platz für Einwanderer) und die Bevölkerung klein (noch mehr Platz für Einwanderer).

Alles Unsinn natürlich: Die überwiegende Zahl der Flüchtlinge zieht es in die fünf urbanen Zentren im Süden Kanadas – kaum einer will in die Tundra. Bleibt also der angebliche Luxus, sich die Einwanderer aussuchen zu können. In den vergangenen acht Monaten haben wir 40 000 Syrer aufgenommen, weitere 20 000 sind auf dem Weg. Sehr wenig im Vergleich zu Deutschland, aber mehr als Frankreich, Spanien oder die USA ins Land gelassen haben. Ohnehin nimmt Kanada jedes Jahr rund 300 000 Einwanderer und Flüchtlinge auf, und das seit Jahrzehnten. Suchen wir uns die Kandidaten aus?



Ja, wir folgen dabei einem Plan: Im Fall der Syrer haben wir vor allem Familien ausgewählt, die in den großen Flüchtlingscamps Jordaniens, des Libanon und der Türkei leben, die meisten weniger gut ausgebildet als diejenigen, die sich in Schlauchbooten auf die Reise nach Europa machen. Warum ausgerechnet diese Menschen? Weil die schiere Größe der Lager Länder wie Jordanien und den Libanon zu destabilisieren droht. Weil so viele Kinder unter grässlichen Bedingungen in diesen Einrichtungen festhängen, ohne Möglichkeit, je zur Schule zu gehen.

Kommen wir zum Kern des Vergleichs: In Europa, in den USA und auch in Australien herrscht derzeit eine gefährliche, ja mitunter giftige Stimmung. Regierungen und ehrenamtliche Helfer schieben großartige Projekte an, Unternehmen geben sich besondere Mühe, möglichst viele Flücht-

linge einzustellen. Nur: Es sind nicht diese positiven Beispiele, die den Diskurs bestimmen.

Zum einen, weil es in keinem europäischen Land Leitlinien gibt, die Einwanderung verbindlich regeln. Ein verblüffender Umstand, denn die meisten Staaten Europas nehmen seit 70 Jahren Migranten auf. Nach Deutschland kamen erst die Vertriebenen, dann die Gastarbeiter aus Italien und der Türkei, Flüchtlinge vom Balkan oder auch aus Syrien. Manche erhielten Asyl aus humanitären Gründen, andere kamen, weil die Industrie Arbeitskräfte brauchte. Aber der Prozess folgte keinem erkennbaren Konzept. In Kanada steuern wir den Prozess der Einwanderung schon sehr lange Zeit. So hat bereits Premier Wilfrid Laurier 1905 zu unserer Einwanderungspolitik erklärt: „Uns geht es um die Kooperation mit den Neubürgern. Wir wollen, dass sie sich mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Energie und ihrem Unternehmungsgeist in den Dienst unseres Landes stellen. Sie sollen am Leben in diesem Land teilhaben, sie sollen wählen können und wählbar sein. Und niemand soll seine Wurzeln vergessen müssen, wenn er zu uns kommt. Lasst sie zurückblicken, aber in die Zukunft schauen.“




S

Die Zeremonie der Einbürgerung gibt Auskunft darüber, wie die Bürger den Ankömmlingen begegnen.

Das ist das Gegenteil von dem, was sich Europa gemeinhin unter einer multikulturellen Gesellschaft vorstellt. Die Neuankömmlinge werden nicht sich selbst überlassen. Wir wollen nicht, dass Einwanderer und Einheimische nebeneinanderher leben, verlangen aber auch nicht, dass sie in einem Prozess der Assimilation mit der Mehrheitsgesellschaft verschmelzen. Wir erkennen an, dass es sich um einen komplexen Prozess handelt, der Spannungen produziert. Es kommt darauf an, sie kreativ zu nutzen. Wir erwarten in Kanada von jedem Einwanderer, dass er so schnell wie möglich zum Bürger unseres Landes wird und seinen Teil zur Gesellschaft beiträgt. Leute, die nur darauf aus sind, Sozialleistungen zu kassieren, ohne zu helfen, die Lasten der Allgemeinheit mitzutragen, können wir

nicht gebrauchen. Das wissen alle, die zu uns kommen. Ihnen ist bewusst, dass sie vier bis fünf Jahre später in einer großen Zeremonie als neue Staatsbürger eingeschworen werden – und die meisten verhalten sich von Beginn an so, als wären sie es bereits. Einwanderung ist bei uns der Beginn einer Beziehung, die auf Dauer angelegt ist.


Auch Deutschland experimentiert mit einer solchen Feier der Einbürgerung – macht sie aber nicht obligatorisch, und damit hat der Akt leider seinen Sinn verfehlt. Warum messe ich der Zeremonie der Einbürgerung einen solchen Wert zu? Weil sie darüber Auskunft gibt, wie die Bürger eines Landes den Neuankömmlingen begegnen. Akzeptieren sie die Einwanderer als Individuen, die sie in ihrer Mitte aufnehmen – oder sehen sie in ihnen Repräsentanten einer bestimmten Rasse oder Kultur oder Religion? Die Behauptung, dass Muslime nicht zu unserer westlichen Zivilisation gehören, ist so eine Verallgemeinerung. Früher haben die Christen so über die Juden geredet – oder, in den Zeiten der großen Religionskriege, Katholiken über Protestanten. Solche Aussagen klingen seit Jahrhunderten immer nahezu identisch, egal von welcher Seite


waren schon immer falsch.

S

Beim Thema Einwanderung hat Europa versagt, und das liegt auch daran, wie die Regierungen die Zuständigkeit für die Immigranten organisiert haben. In keinem Land der EU gibt es ein eigenständiges Ministerium für Einwanderung, verantwortlich ist in der Regel der Innenminister, und das bestimmt selbstverständlich die Perspektive, mit der die Einbürgerung von Zuwanderern angegangen wird – die Denkweise der Polizei, der Sicherheitskräfte beherrscht das Verfahren. Zwar gibt es Unterabteilungen, die sich ausschließlich mit der Immigration befassen, aber das übergreifende Prinzip ist die Kontrolle der Neuen, nicht die Integration von künftigen Bürgern. Ein Riesenfehler. Nehmen wir das Personal kanadischer Auslandsvertretungen etwa in Kairo oder Beirut: Dort sind die Hälfte Spezialisten für Migration. Die Menschen sollen sich direkt an uns wenden können und nicht ihr Leben riskieren müssen, wenn sie ihr Land verlassen wollen. Als Kanada sich Ende letzten Jahres entschied, zunächst 25 000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, entsandte die Regierung 600 Ex-

perten nach Jordanien, in den Libanon und in die Türkei. Innerhalb von nur zwei Wochen hatten sie Familien ausgewählt und alle Formalitäten erledigt. Die Flüchtlinge wurden in gecharterten Maschinen nach Kanada geflogen und erhielten unmittelbar nach der Ankunft, noch im Flughafen, offiziellen Asylstatus. Und dazu eine Registrierung im Gesundheitssystem.

Innerhalb einer Stunde waren sie bei den Familien, die sie in den ersten Monaten als Paten begleiten. Das ist ein weiterer Baustein im kanadischen System: das persönliche Engagement der Bürger. Ohne ihren Einsatz könnte Integration bei uns nicht funktionieren. Die Ehrenamtlichen begleiten die künftigen Staatsbürger zur Schule, ins Krankenhaus, zum Jobinterview. Konzepte und Experten sind wichtig, aber sie können die Neuankömmlinge nicht in die Gesellschaft aufnehmen, das können nur die Bürger selbst. Ich kann es gar nicht deutlich genug sagen: Ich spreche hier nicht von Wohltätigkeit, es geht darum, dass Menschen ihre Pflicht als Bürger ernst nehmen. Alle profitieren von diesem Modell, die Neulinge wie die Helfer. Der Prozess der Integration wird zu einem gemeinsamen Narrativ, beide Seiten lernen dazu und verändern sich.  was wir verstehen haben: Einwanderung bringt Veränderungen für alle von uns – und das ist gut.

John Ralston Saul, 69, kanadischer Autor und Historiker, war von 2009 bis 2015 Präsident des Schriftstellerverbandes PEN International.

John Ralston Saul

